



#POLITIK #VERKEHRSPOLITIK #ÖKOLOGIE 04. Mai 2022

"ÖPNV braucht Zukunft": Breites Bündnis appelliert an Verkehrsminister:innen

Anlässlich der Verkehrsministerkonferenz der Länder (VMK) am Mittwoch fordert ein breites Bündnis "ÖPNV braucht Zukunft" eine Strategie für zukunftsfähigen ÖPNV. Dem Bündnis aus Umweltverbänden, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften gehört auch die EVG an. Wir fordern die VMK auf, endlich den entscheidenden Schritt in Richtung einer sozialökologischen Mobilitätswende zu gehen. "Es ist wichtig, jetzt zügig langfristig mehr Geld für den gesamten ÖPNV-Ausbau bereitzustellen", so EVG-Vize Martin Burkert.



Bund und Länder haben beschlossen, im Rahmen eines Ausbau- und Modernisierungspaktes bis Herbst 2022 konkrete Vorschläge zur Finanzierung des ÖPNV-Ausbaus vorzulegen. Das Bündnis "ÖPNV braucht Zukunft" ist sich einig, dass die angestrebte Verdopplung des ÖPNV-Angebots bis 2030 zehn bis zwölf Milliarden Euro jährlich erfordert - somit insgesamt etwa 100 Milliarden

Euro. Die Mitglieds-Organisationen erwarten, dass diese Mittel zeitnah für den ÖPNV-Ausbau bereitgestellt werden. Den Dialog mit der VMK haben wir bereits im Juni vergangenen Jahres eröffnet. Er wird während der jetzigen Konferenz fortgesetzt: Der Vorsitzenden der VMK, der Bremer Verkehrssenatorin Maike Schäfer, wird ein offener Brief mit den gemeinsamen Forderungen überreicht.

"Es ist wichtig, jetzt zügig langfristig mehr Geld für den gesamten ÖPNV-Ausbau bereitzustellen", so EVG-Vize Martin Burkert. "Denn es muss mehr Personal eingestellt werden, die Infrastruktur ausgebaut und neue Fahrzeuge angeschafft werden. All das kann nicht über Nacht passieren. Aber nur so wird man langfristig die notwendigen Kapazitäten für die notwendige Verkehrsverlagerung auf den ÖPNV erreichen können. Natürlich muss der ÖPNV auch preislich attraktiv sein. Mit dem 9-Euro-Ticket wird aber der zweite Schritt vor dem ersten gemacht. Ab Pfingsten könnte Chaos an Bahnhöfen und in den Verkehrsmitteln ausbrechen. Die Verkehrsunternehmen sind auf den Andrang - vor allem auf touristisch attraktiven Strecken - nicht vorbereitet. Die Unternehmen müssen sich zügig um zusätzliches Personal vor allem in Bus und Bahn sowie an den Bahnhöfen bemühen. Es braucht daher ausreichend und schnell gezahlte Finanzmittel. Es besteht die Gefahr, dass die Folgen des 9-Euro-Ticket zu Lasten der Beschäftigten geht. Soweit darf es nicht kommen."

Dass die Ampelkoalition mit ihrem zweiten Entlastungspaket sowohl Nutzer:innen von Bus und Bahn als auch die Gewinnung neuer Fahrgäste im Blick hat, begrüßen die Bündnispartner. Für eine echte Mobilitätswende braucht es allerdings Konzepte, die allen Menschen langfristig den Zugang zu öffentlicher Mobilität sichern. Nicht nur in Städten, sondern insbesondere im ländlichen Raum, ist eine deutliche Angebotsverbesserung notwendig. Außerhalb der Großstädte fehlen heute vielerorts regelmäßige und gut vertaktete ÖPNV-Angebote. Wer bisher keine Möglichkeit hat, auf Bus und Bahn umzusteigen, dem hilft auch das 9-Euro-Ticket nicht weiter.

Das Bündnis fordert von der Politik weitsichtige Planungen: Nur ein deutlicher Ausbau öffentlicher Mobilitätsangebote mit zusätzlichen Linien und engeren Taktungen, einer nachhaltigen Finanzierung sowie günstigen Ticketpreisen bringen die Mobilitätswende voran. Schon heute gerät der ÖPNV-Berufsverkehr der Großstädte ebenso wie im Ausflugsverkehr am Wochenende an seine Kapazitätsgrenzen. Daran wird deutlich, wie sehr der ÖPNV-Ausbau in der Vergangenheit vernachlässigt wurde. Gerade deswegen muss jetzt in die Mobilitätswende investiert werden. Alte Anlagen in Stand setzen, neue Gleise bauen, die nötigen Fahrzeuge anschaffen, Barrierefreiheit und attraktive Arbeitsbedingungen schaffen – all das kostet zusätzlich Geld.

Das Bündnis "ÖPNV braucht Zukunft" wurde initiiert von: Fridays for Future Germany, ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Ökologischer Verkehrsclub VCD, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), BUNDjugend, attac, NaturFreunde Deutschlands, Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), Campact und Changing Cities e.V.

Das gemeinsame Forderungspapier finden Sie hier: <u>t1p.de/3wsq</u> (https://t1p.de/3wsq)